

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die Krise in der westdeutschen Kohlenversorgung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1950) : Die Krise in der westdeutschen Kohlenversorgung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 12, pp. 43-45

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131231>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Krise in der westdeutschen Kohlenversorgung

Von einem Fachmitarbeiter

Im Jahr 1950 hatte die westdeutsche Kohlenwirtschaft zweimal innerhalb weniger Monate eine völlige Umkehrung der Marktverhältnisse zu verzeichnen. Nach einer durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse bedingten zehnjährigen Kohlenknappheit konnte in der ersten Hälfte dieses Jahres das Angebot erstmalig die Nachfrage nicht nur voll decken, sondern sie zeitweilig sogar übersteigen. Ausgelöst wurde dieser Umschwung durch den Minderbedarf der unzureichend beschäftigten industriellen Hauptverbraucher, vor allem der Eisen- und Stahlindustrie, die relativ geringen Hausbrandanforderungen infolge des außergewöhnlich milden Winters 1949/50 und eine allerdings nur vorübergehende rückläufige Exporttendenz. In gleicher Richtung wirkten sich besonders im zweiten Quartal 1950 saisonbedingte Einflüsse aus. Die Folge war eine Kohlenschwemme, die in rasch ansteigenden Haldenbeständen ihren Ausdruck fand.

Kohlenförderung u. Brikettproduktion im Bundesgebiet (in 1000 t)

Zeitraum	Steinkohlen	Pechkohlen	Rohbraunkohlen	Steinkohlen-Briketts	Koks	Braunkohlen-Briketts	Koks
M.-D. 1936	9747	120	4736	368	2316	974	22
M.-D. 1938	11413	129	5718	426	2825	1106	56
M.-D. 1945	2957	101	2021	110	440	381	18
M.-D. 1946	4495	110	4299	159	754	898	25
M.-D. 1947	5927	117	4894	181	1103	987	30
M.-D. 1948	7253	115	5405	248	1581	1075	38
M.-D. 1949	8603	131	6022	299	1950	1187	42
1950 Jan.	9327	133	6420	330	2078	1210	53
Febr.	8682	127	5842	309	1889	1126	52
März	9802	143	6539	347	2088	1318	56
April	8364	122	5721	239	1949	1158	54
Mai	8667	123	5721	156	1986	1193	57
Juni	8978	114	5883	138	1919	1229	56
Juli	9169	120	6180	196	2083	1270	57
Aug.	9445	120	6411	400	2207	1314	56
Sept.	9220		5930				
Okt.	9490		6400				

Haldenbestände im Bundesgebiet

(in 1000 t)

Jahres- bzw. Monatsende	Steinkohle	Steinkohlenkoks	Braunkohlen-Briketts
1945	2300	2640	31
1946	358	451	31
1947	1055	678	32
1948	212	84	3
1949	49	78	—
1950 Jan.	43	110	31
Febr.	46	49	1
März	96	207	1
April	100	436	1
Mai	281	826	1
Juni	696	1089	—
Juli	991	905	—

Noch zu Anfang des Sommers waren Absatzschwierigkeiten, die durch die Zurückhaltung der Käufer hervorgerufen wurden, an der Tagesordnung. Mit Beginn der zweiten Jahreshälfte setzte dann jene allgemeine Kaufpsychose auf dem westdeutschen Kohlenmarkt ein, deren Ausstrahlungen zu der gegenwärtigen Versorgungskrise führten. Zweifellos ist die Marktentwicklung der vergangenen Monate, die eine völlige

Umkehrung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage im Gefolge hatte, durch eine Vielzahl von Ursachen ausgelöst worden. Der durch Korea ausgelöste anomale Konjunkturaufschwung, der zu einer gesteigerten, teilweise über den tatsächlichen Bedarf hinausgehenden Kohlennachfrage zahlreicher Industrieverbraucher führte, ist keineswegs die einzige Ursache. In gleicher Richtung wirkt die vorwiegend sozial bedingte Kaufzurückhaltung breiter Hausbrandverbrauerschichten in den Sommermonaten, die sich trotz Mahnungen verantwortlicher Stellen nicht überwinden ließ. Die Möglichkeit, daß die breiten Bevölkerungsmassen wie in früheren Zeiten im Frühjahr und Sommer mit Hilfe von Spargeldern ihren Kohlenbedarf für den kommenden Winter eindeckten, war sowohl durch die hohe Arbeitslosigkeit im letzten Winter stark beschnitten, als auch dadurch, daß besonders in den Großstädten zahlreiche im Kriege ausgebombte Haushaltungen überhaupt nicht über die erforderlichen Lagerungsmöglichkeiten verfügen. Zweifellos hat vielfach auch die Tatsache mitgesprochen, daß in diesem Jahre die Kohlensommerpreise fortfielen. Die aus währungspolitischen Gründen durchgehaltene deflationsähnliche Wirtschaftspolitik hat bei dem hohen Nachholebedarf auf anderen lebenswichtigen Gebieten gerade die angespannte Kaufkraft der breiten Bevölkerungsmasse von Kohleneindeckungskäufen während der Sommermonate abgelenkt. Es wäre paradox, im Rahmen einer freien Marktwirtschaft diesen Käuferentscheid heute für den Kohlenmangel verantwortlich machen zu wollen. Es bleibt aber die Frage offen, ob bei der doch sehr annähernd bekannten Größe des jährlichen Hausbrandbedarfs dieser Katastrophe nicht auf andere Weise — etwa durch Konsumentenkredite oder Schaffung von kommunalen Vorratslagern — im Zusammenwirken von Regierung und Handel hätte vorgebeugt werden können. Allein vom Einzelhandel hätte dieses Problem bei der Größe der Aufgabe allerdings nicht gelöst werden können. Denn, abgesehen von den auch für den Einzelhandel beschränkten Lagermöglichkeiten, hat die Währungsreform vielfach nicht die für eine so große Vorratshaltung erforderlichen Betriebsmittel übrig gelassen. Bei der gegebenen wirtschaftlichen Situation konnte die private Werbetätigkeit des Kohleneinzelhandels keinen durchschlagenden Erfolg erzielen. Aber auch die Industrie hat während des vergangenen Sommers weitgehend von ihren Vorräten gezehrt, ohne für deren Auffüllung Sorge zu tragen, wie dies im Gegensatz zu einem großen Teil der Hausbrandverbraucher finanziell durchaus möglich gewesen wäre. Der Inlandsabsatz ging durch diese Ausfälle so stark zurück, daß man sich in Verkenennung der wirklichen Situation zur Vermeidung von Absatzschwierigkeiten um eine Steigerung des Exports bemühte.

Als dann in der zweiten Jahreshälfte die erheblich verstärkten Anforderungen seitens der Industrie und der Haushaltungen einsetzten, war es dem Bergbau nicht möglich, die Förderung der gestiegenen Nachfrage anzupassen. Der Steigerung der Produktionskapazität im Kohlenbergbau sind durch den gegenwärtigen Rationalisierungsstand des technischen Abbaus sehr enge Grenzen gezogen, die nicht kurzfristig zu überwinden sind. So konnte die Kohlenförderung mit der Entwicklung der Gesamtindustrie insbesondere seit der Währungsumstellung keineswegs Schritt halten. Während die Kohlenproduktion den Stand des Jahres 1936 gerade erst erreicht hat, ist die Erzeugung der Gesamtindustrie über den normalen Vorkriegsstand bereits um 20 % hinausgegangen. Ein Vergleich mit der Zeit unmittelbar vor der Währungsreform zeigt für Kohle eine Fördersteigerung von rd. 20 %, für die Gesamtindustrie dagegen eine Produktionserhöhung von annähernd 150 %. Hinzu kommt, daß das Förderergebnis durch die Abwanderung zahlreicher Bergarbeiter vornehmlich in die Stahlindustrie wegen der dortigen besseren Arbeitsbedingungen beeinträchtigt wurde. Zwar ist ein Ausgleich dieser Abgänge von Arbeitskräften möglich, jedoch nur zahlenmäßig, nicht aber qualitativ. Statt der abwandernden Facharbeiter müssen vielfach ungelernete Kräfte neu eingestellt werden. Die Neueinstellung von aus Ostdeutschland stammenden Bergarbeitern scheitert vielfach an der Wohnungsfrage.

Beschäftigte im Kohlenbergbau des Bundesgebiets

Zeitraum	Steinkohlen-Bergbau			Braunkohlen-Bergbau	
	Beschäftigte Gesamt	Arbeiter	unter Tage	Gesamt	Arbeiter
M.-D. 1936	296 783	275 785	200 872
M.-D. 1946	320 404	295 309	199 068
M.-D. 1947	387 900	359 550	237 821
M.-D. 1948	435 066	403 612	268 921	50 620	46 412
M.-D. 1949	455 085	422 239	290 190	47 788	43 531
1950 Jan.	465 318	431 734	299 535	46 565	42 289
Febr.	465 585	431 969	300 115	46 445	42 153
März	467 544	433 823	301 668	46 472	42 195
April	473 884	439 860	303 028	46 462	42 216
Mai	474 404	440 323	303 465	46 246	41 997
Juni	473 192	439 027	302 575	46 131	41 882
Juli	471 802	437 800	302 082	45 963	41 756

Von ausschlaggebender Bedeutung für die westdeutsche Kohlenversorgungslage sind aber die Bezugswünsche des Auslandes, insbesondere der in der Ruhrbehörde vertretenen Länder. Der seinerzeitige Beschluß der Ruhrbehörde, die Ausfuhrmenge des vierten Vierteljahrs 1950 auf 6,838 Mill. t festzusetzen, hat nicht wenig dazu beigetragen, die an sich schon stark angespannte Kohlsituation in der Bundesrepublik noch weiter zu verschärfen. Die genannte Menge wurde vom Sekretariat der Ruhrbehörde folgendermaßen errechnet: Man nahm einen Bedarf von 21,9 Mill. t für Westdeutschland und von 7,4 Mill. t für Exportzwecke an. Demgegenüber wurde eine verfügbare Menge von 27,04 Mill. t ermittelt, die sich aus einer voraussichtlichen Inlandsförderung von 25,46 Mill. t unter Zugrundelegung einer Tagesproduktion von 370 000 t, einer erwarteten Einfuhr von 1,275 Mill. t und einem Haldenabruf von 300 000 t ergibt. Diese Menge von rd. 27,04 Mill. t wurde zu der angenommenen Bedarfsmenge von 29,3 Mill. t in Beziehung gesetzt und Inlands- und Exportanteil entsprechend reduziert, so daß

sich für Westdeutschland eine verfügbare Menge von 20,2 Mill. t und für die Ausfuhr eine solche von 6,838 Mill. t errechnete. Das BWM geht demgegenüber von einem Bedarf von 23,04 Mill. t aus, so daß sich ein Fehlbedarf von annähernd 3 Mill. t ergibt, der durch Mehrförderung ausgeglichen werden müßte, wenn er nicht zu empfindlichen Versorgungsstörungen führen soll. Trotz der drohenden Gefahr der Stilllegung deutscher Industriewerke und einer unzureichenden Hausbrandversorgung hat der Rat der Internationalen Ruhrbehörde auch für das 1. Quartal 1951 die deutsche Kohlenexportquote auf 6,83 Mill. t festgesetzt, was für die Befriedigung des Inlandsbedarfs nur eine Menge von 21,96 Mill. t übrig lassen würde, wenn man den Ausgangsbetrag von 28,79 Mill. t für das 1. Quartal 1951 als richtig unterstellt, der von der Ruhrbehörde unter Zugrundelegung von Tagesförderungen von 380 000 t zuzüglich 1,8 Mill. t aus 6 Sonderschichten ermittelt wurde (die amtliche deutsche Schätzung lautet auf 28,5 Mill. t). Gewiß soll nicht verkannt werden, daß die Kohlenversorgungslage nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern angespannt ist. Es ist aber schließlich nicht der Sinn des Ruhrstatuts, worauf kürzlich Vizekanzler Blücher mit Recht hingewiesen hat, die einseitige Belieferung des Auslandes aus dem Ruhrgebiet sicherzustellen, sondern vielmehr im gesamteuropäischen Interesse eine gleichmäßige Aufteilung der Ruhrkohle zu ermöglichen.

Steinkohlen- und Koksaustruhr des Bundesgebietes

(in t)

a) Steinkohle

Zeitraum	Gesamt	Frankreich	Italien	Holland	Osterreich	Schweden
1949 M.-D.	1 099 094	401 227	164 515	149 501	199 635	4 392
1950 Jan.	1 298 935	386 895	256 476	216 943	191 261	43 403
Febr.	1 180 297	378 971	146 551	254 639	205 646	21 869
März	1 320 312	411 208	183 677	253 822	265 792	20 141
April	1 155 045	267 664	232 339	231 657	166 783	55 803
Mai	1 162 456	275 219	220 002	253 984	178 803	34 127
Juni	1 427 831	295 785	365 659	266 641	192 861	30 279
Juli	1 451 761	266 008	483 642	283 186	184 123	18 538
Aug.	1 410 381	244 857	387 645	263 806	191 008	32 460
Sept.	1 421 858	234 398	415 325	268 175	158 149	77 507

b) Koks

Zeitraum	Gesamt	Schweden	Frankreich	Luxemburg	Dänemark
1949 M.-D.	648 845	112 150	270 380	187 608	187 128
1950 Jan.	637 818	258 459	157 300	132 652	36 576
Febr.	658 494	208 778	166 995	128 420	84 211
März	611 854	119 103	146 604	162 859	70 579
April	497 350	68 796	133 954	164 472	29 546
Mai	466 506	34 219	110 082	172 194	12 111
Juni	474 919	13 745	122 018	170 797	52 821
Juli	742 250	29 795	132 902	188 308	254 695
Aug.	876 236	190 690	127 628	186 431	235 551
Sept.	814 987	244 064	177 021	202 586	114 219

Ob der inzwischen von der Bundesregierung bei den Hohen Kommissaren eingelegte Einspruch gegen die Höhe des Kohlenexports in den Monaten Januar bis März 1951, der sich formal auf Artikel 122 des Ruhrstatuts gründet, Erfolg haben wird und man sich auf den von deutscher Seite vorgeschlagenen Ausfuhrsatz von 5,7 bis 5,9 Mill. t einigen wird, der gegenüber 1950 eine 10 %ige Erhöhung bedeutet, ist zweifelhaft. Die gesicherte Kohlenversorgung ist von jeher eines der größten Aktiva der deutschen Wirtschaft gewesen. Nach Abtrennung der östlichen Kohlenvorkommen und des Saargebietes hat bei dem hohen Industrialisie-

rungsgrad der Bundesrepublik die Kohlenproduktion aus den verbliebenen Lagerstätten eine zentrale Lebensbedeutung für die Wirtschaft gewonnen. Mit einer Verfügungsbeschränkung über die für den eigenen Bedarf erforderlichen Fördermengen fällt die souveräne Bestimmung über die Wirtschaftspolitik, wird der wirtschaftliche Wiederaufbau zurückgeworfen in einem Augenblick, wo er für die Überwindung der eigenen Schwierigkeiten und die Stärkung Europas entscheidend ist, denn ein wirksamer Beitrag der Bundesrepublik für die europäische Verteidigung kann nur auf dem wirtschaftlichen Sektor geleistet werden. Darüber hinaus muß bei der exponierten Stellung der Bundesrepublik eine soziale Erschütterung, die nur allzu leicht durch eine mangelnde Hausbrandversorgung ausgelöst werden kann, unter allen Umständen vermieden werden. Das sind so entscheidende Faktoren, daß es strittig sein muß, ob sich die verantwortlichen Stellen mit einem formalen Einspruch bei einer Stelle, auf die man keinen Einfluß geltend machen kann, begnügen dürfen.

Wenn auch in Auswirkung der am 13. 11. angelaufenen Sondermaßnahmen zur Steigerung der Kohlenproduktion bereits Erfolge erzielt wurden, so kann daraus allein die Überwindung der Krise nicht erwartet werden. Diese Maßnahmen, die zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium, der Industriewirtschaftsbergbau und der Deutschen Kohlen-Bergbau-Leitung vereinbart wurden, sehen vor, daß bis zum 31. 3. 1950 monatlich 2 Sonderschichten eingelegt werden, wofür der Lohnzuschlag von 25 auf 50 % erhöht wird. Ferner soll zur Steigerung der laufenden Tagesförderung neben der ab 1. 11. 1950 tariflich vereinbarten Lohnerhöhung eine Prämie für regelmäßig

gefahrenere Schichten für die Untertagebelegschaft in Höhe von 3 % gewährt werden. Eine weitere Steigerung der Förderleistung ist nur durch die dringend notwendig verstärkte Mechanisierung und Modernisierung des Kohlenbergbaus möglich. So wäre z. B. eine Leistungserhöhung in vielen Zechen durch Ausbau von Wetterschächten möglich, deren Fehlen die Ursache dafür ist, daß ein Teil der Untertagebelegschaft in der Ausrichtung wegen der überhöhten Temperaturen in Kurzschichten arbeiten muß.

Der Durchführung der erforderlichen Rationalisierungsmaßnahmen stehen jedoch Schwierigkeiten finanzieller Natur entgegen, die durch eine wirtschaftlich sehr problematische Preiserhöhung keineswegs behoben werden können. Schon auf der technischen Tagung des Steinkohlenbergbaus Mitte September wurde darauf hingewiesen, daß die Frage der Kapitalbeschaffung für den westdeutschen Steinkohlenbergbau in ein äußerst akutes Stadium getreten ist. Für das laufende Wirtschaftsjahr 1950/51 hatte die Deutsche Kohlen-Bergbau-Leitung ein Investitionsprogramm von 977 Mill. DM aufgestellt, das auch von den zuständigen alliierten Behörden genehmigt worden war. Hier von sollten 757 Mill. DM aus Krediten gedeckt werden. Bei der Zuteilung der neuen Marshallplan-Tranche blieb der Bergbau jedoch bislang unberücksichtigt. Wie die Deutsche Kohlen-Bergbau-Leitung kürzlich mitteilte, wird der drohende Kreditausfall verhängnisvolle Folgen haben, da angesichts der erwarteten Zuwendungen größere Projekte bereits in Angriff genommen wurden, die einen Gesamtaufwand von rd. 500 Mill. DM erfordern und die nun wahrscheinlich nicht fortgeführt werden können, zumal der deutsche Kapitalmarkt kaum mit größeren Mitteln einspringen kann.

Die Entwicklung der öffentlichen Aufgaben der Gewerkschaften in Österreich

Dr. Herbert Koenig, Wien

Das Jahr 1867 bedeutete für den Osterreichischen Kaiserstaat einen Wendepunkt. Es ist das Jahr des Ausgleichs mit Ungarn, der Beginn des verhängnisvollen Dualismus; aber auch ein Jahr des Fortschritts: Das Staatsgrundgesetz von 1868 war der Rechtsboden für eine freie und individuelle Entwicklung aller Bürger des Vielvölkerstaates, und das neue Vereins- und Versammlungsrecht desselben Jahres schuf die Möglichkeit zu einer gewerkschaftlichen Bewegung. Bereits drei Jahre später erhielten die Arbeiter, was sie in gewaltigen Massenkundgebungen in Wien verlangt hatten: das Recht zur Koalition. Aber erst nach der großen Wirtschaftskrise der Siebzigerjahre war es möglich, die Fachvereine wirklich aufzubauen und in zähem Kampfe mit den Behörden zunächst über Vereine der einzelnen Kronländer auf die Zentralisierung hinzuarbeiten. Zugleich mit den Hemmnissen von außen kam es zu einer inneren Spaltung in ein radikales und ein gemäßigtes Lager.

Ministerpräsident Graf Taaffe beabsichtigte, zur Unterdrückung revolutionärer Umtriebe dem Beispiel Bismarcks in Deutschland zu folgen und für Österreich ein Sozialistengesetz zu erlassen. Es gelang ihm zwar nur, ein Dynamit- und Anarchistengesetz durchzusetzen, doch waren auch die Auswirkungen dieser Maßnahme denkbar unglücklich. Der berühmte Hainfelder Parteitag der Sozialdemokraten im Dezember 1888 brachte die Einigung zwischen den beiden Flügeln der Arbeiterbewegung, und die neue Einheitspartei war von größter Bedeutung für die Entwicklung der Gewerkschaften, deren Gründung und Förderung auf zentralistischer Grundlage vom Parteitag empfohlen wurde. Die gewaltige Demonstration am 1. Mai 1890, die erste Maifeier der Arbeiter, leitete auch einen Umschwung in der Einstellung der Behörden zur Gewerkschaftsbewegung ein. Zu Weihnachten 1893 fand in Wien der erste österreichische Gewerkschaftskongreß statt, durch den die Bewegung